



# In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

*Denise Lindsay*

## Auf einen Blick

- Die Forderung, Europa müsse mehr für die eigene Sicherheit leisten und sich unabhängiger von den USA machen, wird weiterhin formuliert. Donald Trump hat den Anstoß dazu gegeben, dass man in den europäischen Mitgliedstaaten der NATO bereit ist, ein Fünf-Prozent-Ziel für die Verteidigungsausgaben zu formulieren. Wichtig ist aber weiterhin darauf zu achten, dass man sich von Russland nicht auseinanderdividieren lässt. Abschreckung bleibt das wichtigste Mittel zur Abwehr eines Krieges. Deutlich wird, dass Trump keine wertebasierte, sondern eine an wirtschaftlichen Kriterien orientierte Außenpolitik betreibt.

- Die Debatte über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht zur Stärkung der Bundeswehr und der Aufrechterhaltung der zur Verteidigung notwendigen Truppenstärke dauert an. Gefordert wird, den Dienst in der Bundeswehr attraktiver zu gestalten. Ebenso wichtig ist es, die Bundeswehr sichtbar in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Die Einführung eines Veteranentags wird begrüßt.
  - Die Diskussion über die inhaltliche Bedeutung der Begriffe Konservatismus und Liberalismus dauert ebenso an wie die Debatte, wie man die Demokratie resilenter machen kann.

## Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Krieg und Frieden – Die Sicherheit Europas, die NATO und die USA .....	2
In der Debatte: Bundeswehr – Wehrpflicht und Veteranentag.....	6
In der Debatte: Demokratie und Populismus.....	8
Rezensionen .....	14
Impressum.....	20

## In der Debatte: Krieg und Frieden – Die Sicherheit Europas, die NATO und die USA

Martin Sandbu betrachtet in der *Financial Times*<sup>1</sup> die Möglichkeiten der EU, ihre politischen Vorstellungen durchzusetzen und merkt an, es würde weiterhelfen, wenn sie erkennen würde, dass Sanktionen nur eines von vielen Mitteln seien, die ihr zur Verfügung ständen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten und ihre wirtschaftliche Macht auszubauen. Handelspolitische Schutzmaßnahmen seien, ebenso wie das neue, noch nicht oft genutzte Anti-Coercion-Instrument, ebenfalls wirksame Maßnahmen. Wichtig sei in diesem Zusammenhang zu erkennen, dass die EU von einem übermäßigen Gebrauch des Vetorechts und sich überschneidenden Zuständigkeiten ausgebremst werde: „In geoeconomics, much as in macroeconomics, the European instinct is to feel small and take global rules, prices and financial flows as given. The task, however, is to realise the strength to shape them.“

Im *Focus*<sup>2</sup> stellt Jan Techau fest, auch wenn die Europäer sehr laut das „Lied von der eigenen Souveränität und der Kriegstüchtigkeit ohne die USA“ singen würden, so ginge dennoch die Angst vor dem Verlust der amerikanischen Schutzmacht um. Auch wenn sich die Trump-Administration im Moment nicht mehr negativ über die NATO äußere, sei es falsch, sich in Sicherheit zu wiegen. Die europäische Verteidigungspolitik stehe in der Kritik, denn viele EU-Staaten scheiterten daran, das neue Ziel von fünf Prozent Verteidigungsausgaben zu unterstützen, obwohl sie bereits das alte Zwei-Prozent-Ziel nicht ernsthaft verfolgt hätten. Diese jahrelange Zurückhaltung gelte inzwischen als gescheitert. Zudem drohe im Herbst eine strategische Neuausrichtung der US-Streitkräfte, wenn der „Global Posture Review“ vollzogen sei, bei der auch Truppenabzüge aus Europa – insbesondere aus Deutschland – möglich seien. Das würde nicht nur die militärische Lage verändern, sondern auch ein starkes Signal an Russland senden: „Nato-Gipfel waren einmal das zentrale Rückversicherungsritual für gemeinsam gedachte und gemachte Sicherheit. Seit 2018 geht es vor allem darum, den Europäern Zeit zu verschaffen, um nachzuholen, was sie schon längst hätten tun sollen. Wenn das nicht bald passiert, wird es künftig keine Nato-Gipfel mehr brauchen. Schon kursiert das Gerücht, dass man das Treffen im nächsten Jahr einfach ausfallen lässt.“

Nikolaus Busse mahnt in der FAZ<sup>3</sup>, es sei Europas Aufgabe, die Ukraine mit genügend Waffen auszustatten, dieser Aufgabe müsse es sich endlich bewusstwerden und nicht immer in Richtung der USA blicken: „Europa sollte sich daran gewöhnen, sich selbst um seine Angelegenheiten zu kümmern.“

Der Nato-Gipfel habe deutlich gemacht, dass die USA unter Donald Trump weiterhin „sprunghaft“ agierten, auch wenn es Nato-Generalsekretär Mark Rutte gelungen sei, ihn auf

<sup>1</sup> Martin Sandbu, The EU needs to punch its weight on sanctions, Financial Times, 15.6.2025. [„In der Geoökonomie, ähnlich wie in der Makroökonomie, besteht der europäische Instinkt darin, sich klein zu fühlen und globale Regeln, Preise und Finanzströme als gegeben zu betrachten. Die Aufgabe besteht jedoch darin, die Kraft zu erkennen, um sie zu gestalten.“]

<sup>2</sup> Jan Techau, Trotzig an der Realität vorbei, Focus, 13.6.2025.

<sup>3</sup> Nikolaus Busse, Europas Job, FAZ, 17.6.2025.

dem Gipfel in Den Haag bei Laune zu halten, stellt *Hubert Wetzel* in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>4</sup> fest: „Wen er als verteidigungswürdigen Verbündeten sieht und was er für Amerikas Interessen hält, wird auch weiterhin von seinen Launen abhängen.“. Die Entscheidung der europäischen Staaten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, sei deshalb ein wichtiger Schritt, nicht als Zugeständnis an Trump, sondern als notwendige Investition in die eigene Sicherheit angesichts der Bedrohung durch Russland. Allerdings gebe es innerhalb Europas Streit über die Finanzierung. Länder mit schwachen Staatsfinanzen forderten Unterstützung von der EU, um ihre NATO-Zusagen erfüllen zu können. Deutschland hingegen, mit seiner starken Wirtschaft und hohen Sozialausgaben, sollte in der Lage sein, seine Verteidigungsausgaben deutlich zu steigern, möglicherweise auf bis zu 5 Prozent des BIP. Der amerikanische Steuerzahler werde die Sicherheit Europas garantieren nicht länger finanzieren, auch wenn dies in den letzten Jahrzehnten für den Kontinent „bequem“ gewesen sei.

In der *WirtschaftsWoche*<sup>5</sup> macht sich *Dieter Schnaas* Gedanken über die aktuellen Krisen, die das bisherige Denken durcheinandergerüttelt hätten, ihre Bedeutung für das Völkerrecht sowie die Auswirkungen auf die internationale Ordnung. In den 1970er-Jahren hätten die USA und die Sowjetunion – Stichwort Helsinki-Prozess – trotz ihrer Gegensätze ein gemeinsames Interesse verfolgt, das in der Stabilisierung des Status quo in Europa und der Vermeidung unbeabsichtigter Kriegsrisiken gelegen habe. Heute hingegen sei es fast ausschließlich Europa, das noch an Stabilität, Vertragstreue und Verlässlichkeit interessiert sei. Autoritäre Staaten wie China, Russland und Iran hingegen verfolgten offen eine aggressive Außenpolitik, sie würden Grenzen verschieben, Nachbarstaaten bedrohen und führten oder unterstützten Angriffskriege. Der Westen befindet sich in einer Identitätskrise, da unklar sei, was genau verteidigt werden solle, eine liberale Weltordnung, die kaum noch existent sei, oder die liberale Demokratie der einzelnen Staaten selbst. Dabei werde deutlich: „Die Behauptungskrise der EU hat nur partiell mit Herausforderungen zu tun, die von außen an ihn herangetragen werden. Ihre Wurzeln liegen immer auch: in Geschichtsvergessenheit und Herkunftsblindheit, ideenhistorischem Desinteresse und moralischer Kompassarmut.“ Eine wertebasierte Außenpolitik, die Israel ein begrenztes Präventivschlagsrecht gegen den Iran zugestehe, Russlands Niederlage in der Ukraine anstrebe und China im Falle eines Angriffs auf Taiwan entgegenwirken würde, gründe auf den Prinzipien der Aufklärung und dem Ethos der Vereinten Nationen, der Unverletzlichkeit von Grenzen und der Würde des Menschen. Trotz westlicher Verstöße gegen diese Prinzipien bleibe das Völkerrecht das beste verfügbare Fundament. Immanuel Kant habe die Bedeutung von Vernunft und moralischen Prinzipien in der Politik betont und ein machtgestütztes Völkerrecht als Voraussetzung für dauerhaften Frieden angesehen. Europa habe sich dieser Idee seit 1945 verpflichtet und damit 80 Jahre lang den Frieden bewahrt. Heute gelte es, diesen Frieden und die zugrunde liegende Idee gegen Bedrohungen von außen und innen zu verteidigen. Es stelle sich nur, die Frage, ob die Bereitschaft dazu auch wirklich bestünde.

In der *New York Times*<sup>6</sup> stellt *Michael E. O'Hanlon* fest, auch wenn die Lage für die NATO momentan eher düster erscheine, mit Blick auf das schwindende US-Interesse am Bündnis, das mangelnde amerikanische Engagement zur Verteidigung der Ukraine oder die Unsicherheit in Europa, wie man mit einem so wankelmütigen Partner planen solle, gebe es dennoch viele Gründe, die dagegensprächen, das Bündnis für tot zu erklären. Die 32 NATO-Mitglieder stünden kurz davor, einen stärkeren Standard für gemeinsames Handeln zu erreichen und auf dem bevorstehenden NATO-Gipfel höhere gemeinsame Ausgaben beschließen. Zudem seien sich die NATO-Mitglieder weitgehend einig darüber, dass die Ukraine weiterhin gegen Russland unterstützt werden müsse und auch Donald Trump sei – zumindest im Moment –

<sup>4</sup> Hubert Wetzel, Mehr Sicherheit, Süddeutsche Zeitung, 28.6.2025.

<sup>5</sup> Dieter Schnaas, Krieg und Frieden, WirtschaftsWoche, 20.6.2025.

<sup>6</sup> Michael E. O'Hanlon, NATO Is Doing Just Fine, Thank You, The New York Times, 19.6.2025.

der Überzeugung, dass Putin Täter sei und einer Konfliktlösung im Weg stehe. Auch sollte man sich vor Augen führen, dass die Vereinigten Staaten seit Trumps Amtsantritt ihre eigenen Streitkräfte in Europa – noch – nicht reduziert hätten und die Stelle des Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte weiterhin in amerikanischen Händen ruhe.

In *Foreign Affairs*<sup>7</sup> argumentiert *Jeremy Shapiro*, um die Lasten innerhalb der NATO wirklich von Washington auf die Verbündeten zu verlagern, seien höhere finanzielle Ausgaben notwendig, aber noch nicht ausreichend. Die NATO müsse auch die Verteilung von Führung und Verantwortung innerhalb des Bündnisses ändern. Seit über 75 Jahren operiere die NATO im Rahmen einer stillen Übereinkunft, die USA führten und Europa folge, was sich am deutlichsten in der Tatsache zeige, dass der Posten des Oberbefehlshabers für Europa, die höchste militärische Position der NATO, stets von einem Amerikaner besetzt gewesen sei. Was nach Ende des Zweiten Weltkriegs im zerstörten Europa und während des Kalten Kriegs Sinn gemacht habe, sei nun überholt, auch, da sich die strategische Ausrichtung der amerikanischen Sicherheitspolitik in Richtung China und in die Pazifik-Region verschiebe. Europa müsse den Willen entwickeln, selbst für seine Verteidigung einzustehen und sich nicht mehr bedingungslos auf die USA zu verlassen. Allmählich habe sich die sicherheitspolitische Dynamik in Europa verändert, Ausgaben für die Verteidigung würden erhöht, EU-Initiativen förderten eine engere Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, so dass nach und nach ein stärkerer europäischer Pfeiler innerhalb der NATO entstehe. Die Ernennung eines europäischen NATO-Kommandeurs würde diese Fortschritte nicht nur widerspiegeln, sondern auch weiter beschleunigen. Letztendlich sei dies eine Frage des Vertrauens, trauten die USA den Europäern genug, um ihnen die Führung zu überlassen und trauten die Europäer sich die Übernahme dieser Verantwortung selbst zu. Wenn nicht, stünde es schlecht um die Zukunft der NATO. Eine gleichberechtigte Partnerschaft hingegen würde das Bündnis stärken und widerstandsfähiger gegen künftige Bedrohungen machen. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, diesen Schritt zu gehen.

„The essence of deterrence is credibility“ stellt das *Editor's Board* der *National Review*<sup>8</sup> fest. Daher sei es zu begrüßen, dass die NATO-Mitgliedstaaten, abgesehen von Spanien, sich bereit erklärt hätten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Ohne den Druck von Seiten des US-Präsidenten und mit „Unterstützung“ durch den Kreml wäre man jedoch nicht an diesen Punkt gelangt. Über die Mittel Trumps zur Erreichung seiner Ziele könne man debattieren, aber es bleibe festzuhalten, dass es noch nie einem amerikanischen Präsidenten gelungen sei, die Europäer zu bewegen, einen deutlich gerechteren Anteil an der Lastenverteilung zur eigenen Verteidigung zu übernehmen. Nun liege es an Europa, diese Versprechen einzuhalten und Verlässlichkeit zu beweisen. Putin sollte nie der Eindruck vermittelt werden, er habe die Chance einen Keil zwischen die USA und die NATO-Mitglieder zu treiben. Man lebe in gefährlichen Zeiten und es ergebe keinen Sinn, diese noch gefährlicher zu machen.

Europa dürfe sich von russischen Drohungen nicht auseinanderdividieren lassen, müsse zusammenstehen und erkennen, wer seine wahren Feinde seien, fordert *Matthew Syed* in der *Times*<sup>9</sup>. Das Vorgehen Russlands folge demselben Schema: Spaltung säen, Brüche schaffen und diese vertiefen. Zudem sei Russland Teil einer immer stärker zusammenwachsenden Achse mit China, dem Iran und Nordkorea, einem Bündnis, das in rasantem Tempo aufrüste, Atomgeheimnisse teile, Drohnen- und Energieproduktion koordiniere und im Fall Nordkoreas auch Soldaten teile mit dem Ziel der Zerstörung der westlichen liberalen Ordnung. Leider habe aber auch Trump Europa mit seinen finanziellen Forderungen gespalten. Es bleibe zu

<sup>7</sup> Jeremy Shapiro, How to Make NATO More European, *Foreign Affairs*, 18.6.2025.

<sup>8</sup> Editor's Board, Trump's NATO Win, *National Review*, 27.6.2025.

<sup>9</sup> Matthew Syed, Ukraine's success makes us feel good. But we must be ready for the blowback, *The Times*, 7.6.2025. [„Wenn die gegenwärtige Generation politischer Pygmäen (vielleicht die am wenigsten beeindruckenden westlichen Führer zu meinen Lebzeiten) nicht in der Lage ist, eine Vision zu formulieren, die uns dazu inspiriert, für unsere Zivilisation zu kämpfen, kann man nur hoffen, dass eine neue Generation aufsteigt. Der Einsatz könnte nicht höher sein.“]

hoffen, dass Trump und der Trumpismus in etwa drei Jahren auf dem Müllhaufen der Geschichte landen würden und dass diese Zeit Amerika gegen ein zukünftiges Abdriften in den Neo-Cäsarismus doch noch immunisieren werde. Selbst wenn dies Wunschdenken sei, sei es dennoch an der Zeit, dass sich Europa auf einen Krieg vorbereite – auch weil dies die sicherste Methode zur Abschreckung darstelle – und die Politik offen anspreche, was dies impliziere, nämlich Kürzungen der Sozialleistungen, höhere Steuern für die Reichen und einiges mehr. Nur der Westen könne die liebgewonnenen Freiheiten verteidigen: „If the present generation of political pygmies (perhaps the least impressive western leaders in my lifetime) can't articulate a vision that inspires us to fight for our civilisation, one can only hope that a new generation steps up. The stakes couldn't be higher.“

In Europa setzten viele politische Entscheidungsträger auf erhöhte Militärausgaben, um gleichzeitig die Sicherheit gegenüber Russland zu stärken und die wirtschaftliche Schwäche zu bekämpfen, konstatiert *Anton Jäger* in der *New York Times*<sup>10</sup>. Die Strategie eines militärischen Keynesianismus, dem Versuch durch Militärausgaben die Wirtschaft anzukurbeln und dadurch sowohl geopolitisch unabhängiger als auch wirtschaftlich stärker zu werden, könne sich jedoch als trügerisch erweisen. Die Konzentration auf die Verteidigung – koste es, was es wolle – riskiere, die Europäische Union nicht vorwärts, sondern zurück zu führen. Mehr Geld für das Militär werde die ohnehin knappen Haushalte belasten und zulasten von Sozialprogrammen, Infrastrukturentwicklung und öffentlichen Dienstleistungen gehen. Europas geplanter Rüstungsboom lasse sich eher mit dem Reaganismus der 1980er Jahre vergleichen, in dem erhöhte Militärausgaben und soziale Kürzungen Hand in Hand gingen. Dies sei, angesichts der Tatsache, dass die weitverbreitete soziale Unzufriedenheit den Aufstieg der extremen Rechten begünstige und den europäischen Zusammenhalt gefährde, bestenfalls kurzfristig. Dazu kämen Koordinierungsprobleme bei der Rüstungsproduktion innerhalb Europas ebenso wie Schwierigkeiten bei einer Wiedereinführung der in vielen Staaten schon seit 2000er Jahren abgeschafften Wehrpflicht. Im Moment sehe es daher eher düster für Europa aus: „On its current course, Europe is headed for neither military Keynesianism with a social dividend nor a defense strategy suitable for an aspiring superpower. Rather, it risks getting the worst of both worlds: a meager economic recovery without long-term prospects for growth, and sumptuous payouts to a defense sector that would not allow Europe to match its peers.“

*Robert Kagan* malt im *Atlantic*<sup>11</sup> ein düsteres Szenario der amerikanischen Politik und spricht die Befürchtung aus, die USA liefen Gefahr, sich in eine Militärdiktatur zu verwandeln. Donald Trump habe diktatorisch die Kontrolle über zentrale Institutionen der USA übernommen. Er kontrolliere das Justizministerium, die Polizei, die Nationalgarde, wodurch diese nicht mehr dem Volk oder der Verfassung, sondern ihm persönlich verpflichtet seien. Der Kongress sei entmachtet worden, insbesondere durch die Übernahme der Finanzkontrolle. Besonders besorgniserregend sei, dass Trump das Militär als seine persönliche Armee einsetze, sowohl für außenpolitische Aktionen wie einen möglichen Krieg gegen den Iran als auch zur Unterdrückung im Inland. Ein möglicher Angriff auf den Iran würde vor allem Trumps persönlicher Machtdemonstration dienen. Militärische Erfolge würden von ihm gefeiert, um seine Herr-

---

<sup>10</sup> Anton Jäger, Europe Is Making a Big Mistake, *The New York Times*, 30.6.2025. [„Auf seinem derzeitigen Kurs steuert Europa weder auf einen Militärkeynesianismus mit sozialer Dividende noch auf eine für eine aufstrebende Supermacht geeignete Verteidigungsstrategie zu. Vielmehr riskiert es, das Schlimmste aus beiden Welten zu erleben: eine schwache wirtschaftliche Erholung ohne langfristige Wachstumsaussichten und üppige Ausgaben für einen Verteidigungssektor, der es Europa nicht ermöglichen würde, mit seinen Mitbewerbern mitzuhalten.“]

<sup>11</sup> Robert Kagan, American Democracy Might Not Survive a War With Iran, *The Atlantic*, 21.6.2025. [„Wir können nicht länger darauf vertrauen, dass keine außenpolitische Entscheidung Trumps illiberale Ziele im Ausland fördert oder im Inland für illiberale Zwecke missbraucht wird.“]

schaft zu legitimieren und zu stärken. Die Loyalität der Soldaten solle zunehmend ihm persönlich gelten, nicht der Verfassung. Eine Militärparade zu seinem Geburtstag sei symbolhaft für diese Entwicklung. Ein erfolgreicher Militäreinsatz im Iran könnte diese Dynamik weiter verstärken. Ein Krieg sei eine wirkliche Gefahr für die Demokratie, könne doch so Trump der Anlass gegeben werden, seine diktatorische Kontrolle im Inland noch zu verstärken. Dies werde auch globale Auswirkungen haben, da die US-Administration von antiliberalen Kräften dominiert werde, die danach strebten, die liberalen, universalistischen Ideale der amerikanischen Gründerväter durch eine weiße, christlich geprägte nationale Identität zu ersetzen. Weltweit unterstütze seine Administration ähnliche antiliberalen Regierungen. Ein militärischer Erfolg Trumps im Iran – unabhängig von den Folgen – würde als Sieg dieser antiliberalen Allianz gewertet werden und den globalen Antiliberalismus stärken. Obwohl das iranische Regime selbst antiliberal ist, sei zu befürchten, dass Trump und Israel im Falle eines Regimewechsels einen neuen autoritären Machthaber unterstützen würden, anstatt demokratische Kräfte zu fördern. Diese Haltung entspräche einer längerfristigen geopolitischen Strategie, die auch unter früheren US-Präsidenten wie Barack Obama zu beobachten gewesen sei: „We can no longer trust that any Trump foreign-policy decision will not further illiberal goals abroad or be used for illiberal ends at home.“

## In der Debatte: Bundeswehr – Wehrpflicht und Veteranentag

Im *Spectator*<sup>12</sup> merkt Lisa Haseldine an, Deutschland habe sich relativ problemlos dem NATO-Ziel der Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf fünf Prozent anschließen können, denn die Umsetzung der neuen Ziele werde durch Reformen der Regierung Merz erleichtert, darunter die Lockerung der Schuldenbremse und ein neuer 500-Milliarden-Euro-Infrastrukturfonds, der auf die NATO-Vorgaben angerechnet werde. Dabei müsse man aber auch in den Blick nehmen, dass die Bundeswehr weiterhin mit strukturellen Problemen, vor allem schrumpfender Truppenstärke, zu kämpfen habe und damit Mühe haben werde, die aktuelle Stärke überhaupt zu halten. Jahre der Unterfinanzierung hätten den Verfallserscheinungen der Truppe Vorschub geleistet. Das Durchschnittsalter der Soldaten steige weiter an, junge Menschen hätten kaum Interesse freiwillig zur Armee zu gehen. Daher scheine es, als werde Friedrich Merz und Boris Pistorius nichts weiter übrigbleiben, als die Wehrpflicht wieder einzuführen.

Mit Blick auf die Debatte um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht fordert Thomas Sigmund im *Handelsblatt*<sup>13</sup>, die Attraktivität der Bundeswehr zu steigern: „Moderne Streitkräfte basieren nicht auf Masse, sondern auf Qualität. Es geht um Hightech, Drohnenoperationen und Cyberabwehr. Spindkontrolle und Gewaltmärsche wirken in diesem Kontext wie aus der Zeit gefallen.“ Schon eine bessere Bezahlung, die Möglichkeiten, eine guten Ausbildung zu erhalten sowie die Stärkung der Vereinbarung von Beruf und Familie würden sicherlich das Interesse am Dienst in der Bundeswehr steigern. Zwang sei kein probates Mittel, sondern wirkliche Lösungen, die auf „Freiwilligkeit, Attraktivität und Professionalität“ fußten, wären gefordert.

Reinhard Müller konstatiert in der *FAZ*<sup>14</sup>, wäre Deutschland „wehrhaft“, müsse keine Debatte über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht geführt werden. Dabei gehe es nicht um Zwang, sondern um die Sicherung von Freiheit und Frieden, insbesondere für die junge Generation. Eine bloße Erhöhung der Verteidigungsausgaben sei unzureichend, Deutschland brauche eine moderne, einsatzfähige Armee mit gut ausgebildetem Personal. Dies zu finden

<sup>12</sup> Lisa Haseldine, Germany can't avoid conscription for ever, The Spectator, 5.6.2025.

<sup>13</sup> Thomas Sigmund, Wehrpflicht ist nicht die Antwort, Handelsblatt, 13.6.2025.

<sup>14</sup> Reinhard Müller, Deutschland achten und verteidigen, FAZ, 23.6.2025.

sei schwer, in einer Zeit, in der auch andere Branchen über einen Mangel an Bewerber klagten. Grundsätzlich sei es sinnvoll, die Attraktivität des Soldatenberufs zu steigern. Das eigentliche Problem aber liege im mangelnden gesellschaftlichen Bewusstsein dafür, dass Frieden und Freiheit verteidigt werden müssten: „Wer dessen Wert und Ansehen steigern will, sollte die Achtung des eigenen Landes vorleben, für das es sich einzutreten lohnt. Und nicht Gewalt-herrschern nach dem Munde reden, sondern auf der Seite von deren Opfern stehen.“

Im *Spiegel*<sup>15</sup> vertritt *Stefanie Lohaus* die Ansicht, eine für Männer und Frauen gleichberechtigte geltende Wehrpflicht sei ein Mittel zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft, denn „sie macht deutlich, dass Gleichstellung nicht nur ein Privileg ist, sondern auch eine Verpflichtung. Und dass Demokratie kein Zustand ist – sondern eine Aufgabe, die wir alle jeden Tag neu verteidigen müssen.“

In der *Süddeutschen Zeitung*<sup>16</sup> konstatiert *Sina-Maria Schweikle*, ohne die Wiedereinführung der Wehrpflicht werde es nicht gelingen, die Personalnot in der Bundeswehr zu lindern. Ob die finanziellen Anreize, die dazu gedacht seien, mehr Freiwillige in die Truppe zu bringen, ausreichend seien, bleibe fraglich. Man müsse sich aber den sicherheitspolitischen Realitäten stellen, Ziel müsse es sein, eine glaubwürdige Abschreckung aufzubauen, damit der Ernstfall – etwa ein Angriff Russlands – nicht eintrete.

*Norbert Lammert* spricht sich in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>17</sup> für die Einführung einer „gesellschaftlichen Dienstplicht“ aus, eine Idee, die mittlerweile auch von einem breiten Kreis aus Politik und Gesellschaft aufgegriffen werde: „Ein verpflichtender Wehrdienst sollte grundsätzlich eingebettet sein in das größere Konzept einer gesellschaftlichen Dienstplicht. Denn eine Demokratie ist nur so wehrhaft, wie es ihre Gesellschaft ist. Es gilt, sie gleichermaßen nach außen wie nach innen zu stärken; dazu bedarf es nicht nur militärischer, sondern auch insbesondere gesellschaftlicher Stärke. Deshalb sollte jede Überlegung zur Einführung eines verpflichtenden Wehrdienstes auch im Kontext einer gesamtgesellschaftlichen Dienstplicht erfolgen.“ Dabei müsse aber auch im Auge behalten werden, dass dies nicht nur die jüngere Generation betreffen könne, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Menschen seien eher bereit, ihre Gesellschaft zu verteidigen, wenn sie sich ihr zugehörig fühlten. Die Bundeswehr könne außerdem nur dann an Attraktivität gewinnen, wenn junge Menschen Deutschland als schützenswert empfänden. Ein verpflichtender Wehrdienst allein reiche dafür nicht aus. Ein gesellschaftlicher Pflichtdienst hingegen, der das Gemeinschaftsgefühl stärke und Menschen näher zusammenbringe, könnte dieses Bewusstsein fördern und einen echten Unterschied machen.

*Peter Carstens* merkt in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*<sup>18</sup> an, mit dem jetzt etablierten bundesweiten Veteranentag sei endlich ein „Anfang“ gemacht worden, nachdem insbesondere die sogenannten Einsatzveteranen jahrelang für die Anerkennung ihres Dienstes gekämpft hätten. Der Begriff „Veteran“ habe immer verstörend gewirkt und sei in Deutschland lange negativ behaftet gewesen, vor allem durch die Verbindung zur Wehrmacht. Im Gegensatz zu Ländern wie den USA oder den Niederlanden existiere hierzulande keine ausgeprägte Veteranenkultur in Bezug auf die Bundeswehr. Erst der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr habe eine neue Generation von Veteranen hervorgebracht, viele von ihnen seien körperlich und seelisch verwundet, nach ihrer Rückkehr jedoch weitgehend allein gelassen worden. Noch bleibe das Interesse eher verhalten, „von einem geselligen nationalen Feiertag, wie er etwa in den Niederlanden begangen wird, kann keine Rede sein. Bundesweit sind etwa hun-

<sup>15</sup> Stefanie Lohaus, Frauen an die Waffen, Der Spiegel, 7.6.2025.

<sup>16</sup> Sina-Maria Schweikle, Ohne Wehrpflicht geht's nicht, SZ, 24.6.2025.

<sup>17</sup> Norbert Lammert, Wehrhaft und demokratietüchtig, SZ, 17.6.2025.

<sup>18</sup> Peter Carstens, Fröhlicher Veteranentag, FAZ, 15.6.2025.

dert Veranstaltungen geplant, viele an Standorten der Bundeswehr, wo Respekt und Anerkennung seit Jahrzehnten gelebt werden.“ Von einer befürchteten „Militarisierung der Gesellschaft“ aber könne keinesfalls die Rede sein.

Der erste nationale Veteranentag sei ein erstes „richtiges Zeichen“ urteilt *Hauke Friederichs* bei *Zeit Online*<sup>19</sup>, aber bei Weitem nicht ausreichend. Der Weg bis dorthin sei kompliziert und voller Hindernisse gewesen, nun sei wichtig, dass die Anerkennung für die Bundeswehr über reine Lippenbekenntnisse hinausgehe. Wichtig sei auch, dass die Truppe sich aus der selbstgewählten Isolation, in der sie sich seit ihrer Gründung 1955 befindet, herausbewege und in der Mitte der Gesellschaft verankert werde: „Die Veteranen haben gedient, im In- und Ausland, oft bereits Opfer gebracht und Entbehrungen in Kauf genommen. Sie wissen, was Resilienz ist, die nun so oft von der Politik gefordert wird, vom Land und vom einzelnen Bürger.“ Dies werde keinesfalls eine Militarisierung oder eine Stärkung des „Martialischen“ nach sich ziehen, sondern den Angehörigen der Bundeswehr, die viel zu lange als „notwendiges Übel“ betrachtet worden seien, endlich den notwendigen „Respekt“ erweisen.

*Thomas Holl* konstatiert in der *FAZ*<sup>20</sup>, es habe viel zu lange gedauert, bis man sich darauf geeinigt habe, die Leistungen derjenigen, die als Soldaten und Soldatinnen seit Gründung der Armee gedient hätten, zu würdigen. „Überfällig“ sei dabei die Ehrung für die, die bei Auslands Einsätzen der Bundeswehr verwundet, traumatisiert oder getötet worden seien. Dabei sei auch deutlich geworden, dass über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht gesprochen werden müsse, da „zur wirksamen Landesverteidigung mindestens 60.000 zusätzliche Soldaten“ fehlten.

Im *Tagesspiegel*<sup>21</sup> macht *Debora Antmann* deutlich, wie „verstörend“ der Veteranentag auf sie als Jüdin wirke. Schon der Volkstrauertag habe gezeigt, „dass die Romantisierung und Ikonisierung ‚gefallener‘ Soldaten Hand in Hand gehen mit Geschichtsrevisionismus und nationalistischen Volksnarrativen“. Sie befürchtet, die Ehrung deutscher Soldaten führe zu einer Opfer-Umkehr, verharmlose die Verantwortung Deutschlands und fördere eine „Militarisierung“ der Gesellschaft. Begriffe wie „gefallen“ würden einen Heldenmythos nähren. Der Veteranentag sei ein Schritt hin zu einer „kriegstüchtigen“ Gesellschaft, die Nationalismus und die Konstruktion eines „Wir“ gegen „die Anderen“ benötige.

## In der Debatte: Demokratie und Populismus

Bei *Law & Liberty*<sup>22</sup> merkt *Matthias Oppermann* an, der Konservatismus in Deutschland befindet sich in einer Krise, die geprägt sei von zwei Ereignissen: zum einen von einem Mangel an intellektueller Debatte, zum anderen vom Fehlen einer authentisch konservativen Partei. Innerhalb von CDU und CSU spiele der Konservatismus kaum noch eine Rolle. Ein liberal-konservativer Kern der CDU habe im Ordoliberalismus gelegen, der aber nur noch wenig Bedeutung habe. Mit Blick auf das Ende der Weimarer Republik und die Zeit des Nationalsozialismus sei es für Konservative nach 1945 zudem schwierig gewesen, sich offen als solche zu identifizieren. Christdemokraten, die sich selbst als konservativ betrachteten, vermieden es, sich auf deutsche Traditionen zu berufen und hätten stattdessen in der britischen Konservativen Partei ein Vorbild gesehen. Die AfD werde fälschlicherweise von amerikanischen Konservativen als Ersatz gesehen, obwohl ihre Ideologie in Wirklichkeit auf antiliberalen Strömungen der Weimarer Zeit basiere, die durch die völkische Bewegung, die sogenannte Konservative Revolution, und die Nationalrevolutionäre repräsentiert wurden. Ziel der AfD sei nicht eine Reform

<sup>19</sup> Hauke Friederichs, Ein Tag lang Anerkennung reicht nicht, *Die Zeit online*, 15.6.2025.

<sup>20</sup> Thomas Holl, Überfällige Ehrung, *FAZ*, 16.6.2025.

<sup>21</sup> Debora Antmann, Helden-Mythos, *Der Tagesspiegel*, 23.6.2025.

<sup>22</sup> Matthias Oppermann, Recovering Germany's Conservative Tradition, *Law & Liberty*, 12.6.2025.

des Liberalismus, sondern dessen vollständige Abschaffung zugunsten einer illiberalen Ordnung. Angesichts des Aufstiegs der AfD sollten gemäßigte, konservative Kräfte in Deutschland ihre eigene Geschichte neu entdecken. Ein Neuanfang des Konservatismus sollte sich auf die Zeit vor 1933 beziehen, als es noch eine lebendige liberal-konservative Tradition gegeben habe. Diese Tradition sei im 19. Jahrhundert präsent und auch nach der Reichsgründung 1871 eine bedeutende Minderheitenposition gewesen, trotz der späteren Radikalisierung vieler Konservativer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Diese moderate konservative Tradition sei hauptsächlich in Preußen aktiv gewesen, Heinrich von Sybel, Friedrich Julius Stahl, Georg Quabbe oder Adolf Grabowsky repräsentierten ihre Vordenker. Sie und die von ihnen propagierten Ideen könnten im heutigen Deutschland, wo die doppelte Gefahr der „illiberalen Demokratie“ und des „undemokratischen Liberalismus“, wie überall im Westen, das politische Gleichgewicht bedrohe, als wertvolle Wegweiser dienen.

Im Gespräch mit der *Zeit*<sup>23</sup> fordert *Andreas Rödder* erneut, „die Übermacht links-grüner Themen“ endlich zu beenden und eine Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten zu beginnen. Die politische Dynamik habe sich verschoben. Während früher die Macht in der politischen Mitte gelegen habe und dort auch intensive weltanschauliche Debatten geführt worden seien, fänden heute die aktiven Auseinandersetzungen eher an den politischen Rändern statt. Die linke Mitte sei derzeit wenig aktiv, während kritische Impulse zunehmend von rechts kämen. Wichtig sei in die Betrachtung miteinzubeziehen, dass in den USA geführte Debatten und Denkströmungen auch auf Europa und Deutschland übergreifen können. Dabei müsse auch immer im Blick behalten werden, wie sehr sich das Diskussionsklima durch die „woke Hegemonie“ verändert und aufgeheizt habe. Die intellektuelle Hauptkonfliktlinie verlaufe nun als Gegensatz zwischen „bürgerlichem Individualismus und neuem Kollektivismus“. Bürgerliche Politik müsse sich fragen, welche Kritik am Individualismus berechtigt sei, und wo diese Kritik ins Illiberale oder Autoritäre zu kippen drohe. Die liberale Demokratie selbst habe ein „Performance- und Leistungsproblem“, das sich etwa in Fragen des Sozialstaats, bei der Infrastruktur- oder der Migrationspolitik zeige. Die Lösung liege daher nicht nur im Bürokratieabbau, sondern in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den dahinterliegenden Werten.

In der *Welt*<sup>24</sup> setzt sich *Ulf Poschardt* kritisch mit der aktuellen politischen Kultur auseinander und betrachtet im Besonderen die Auseinandersetzung mit rechten Positionen. Eine funktionierende Demokratie brauche rechte und linke Kräfte ebenso wie den Regierungswechsel. Dies sei nicht durch den momentan herrschenden „Zeitgeist“ mehr gegeben: „Denn im Zuge aktueller Demokratie-Rettungseinsätze aus dem Juste Milieu ist aus der Demokratie ein neues Ding namens ‚Unsere Demokratie‘ geworden. Die ist so demokratisch, dass sie ohne Rechte auskommt. Und das fast schon im doppelten Wortsinn – zumindest immer dann, wenn es um den politischen Gegner geht.“ Man gewinne den Eindruck, als würden nur noch linke Positionen akzeptiert, was dazu führe, dass die AfD, „die erfolgreichste Oppositionspartei“, obwohl noch nicht verboten, vom politischen Diskurs ausgeschlossen werde. Bislang stelle sie noch keine echte politische Alternative dar, da sie eher im „vulgären Protest“ verharre, statt konstruktive Lösungen anzubieten. Aber es gebe Anzeichen, dass einige Spitzenfunktionäre bereit seien, „in die konfrontative Auseinandersetzung mit den absurdesten Positionen innerhalb der Partei“ einzutreten. Es erscheine daher sinnvoll, dass die Union sich nicht dauerhaft durch die „Brandmauer“ an linke Parteien wie SPD und Grüne binden sollte, sondern stattdessen den in der AfD aufgebrochenen Richtungsstreit ausnutzen sollte, um das Gespräch mit gemäßigten Kräften innerhalb der AfD zu suchen. So könne man die AfD aus ihrer Protestrolle herauszuholen und zu einer realpolitischen Auseinandersetzung zwingen, was es ihr erschweren

<sup>23</sup> Tina Hildebrandt/Robert Pausch, Andreas Rödder, „Damit muss man sich als Bürgerlicher auseinandersetzen“. Fragen an Andreas Rödder, *Die Zeit*, 26.6.2025.

<sup>24</sup> Ulf Poschardt, Die Differenzierung der Rechten, *Die Welt*, 27.6.2025.

würde, sich weiterhin als Opfer darzustellen oder sich radikalisiert zu präsentieren. Ein solcher Schritt könnte die politische Debatte öffnen, die AfD inhaltlich herausfordern und den „rechtsradikalen Parolenschwinger[n] und Fundamentalisten im Umfeld der AfD“ Angst machen.

Philip Manow argumentiert im *Spiegel*<sup>25</sup>, die Kategorien „rechts“ und „links“, die lange Zeit als „Grundvokabular“ zur Einordnung politischer Verhältnisse nützlich gewesen seien, hätten nun ausgedient und würden zunehmend hinterfragt. Besonders in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Polarisierung verliere die Vorstellung einer stabilen Mitte als Ort der Vernunft und Mehrheit an Überzeugungskraft: „Viele haben den Eindruck, dass die Mitte nicht mehr trage, dass sie schrumpfe, dass die Mehrheit dort bald nicht mehr zu finden sein könnte, falls die verbliebenen ‚Parteien der demokratischen Mitte‘ nicht ganz schnell Vertrauen in die Handlungsmacht des Staates zurückgewinnen.“ Die sogenannte Mitte habe sich dabei auch zunehmend selbst zu einem ideologischen Pol entwickelt, der sich wirtschafts- und gesellschaftspolitisch stark liberal positioniere, oft unter dem Deckmantel eines „progressiven Neoliberalismus“. Dieser verbinde eine gebildete, urbane Elite mit wirtschaftlichen Interessen und verteidige den Status quo. Die klassische Trennung von links und rechts verschwimme ebenso wie die alten Wählerbindungen. Viele rechtspopulistische Parteien in Europa – darunter die AfD, der Rassemblement National oder die Schwedendemokraten – hätten sich wirtschaftlich nach links bewegt und würden als neue „Arbeiterparteien“ gelten. In den USA zeige sich ein ähnlicher Wandel, dort repräsentierten die Demokraten heute vor allem urbane Bildungseliten, während die Republikaner viele frühere Arbeiterwähler anziehen würden, die sich von der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte abgehängt fühlten. Auch in Deutschland zeige sich dieser Trend, bei der letzten Bundestagswahl wählten dreimal so viele Arbeiter die AfD wie die SPD. Die Rede von der „Mitte“ verschleiere diese neuen politischen Realitäten. Wer an alten Kategorien festhalte, verliere nicht nur analytisch, sondern auch politisch den Überblick.

Andreas Rödder befasst sich in der *Wormser Zeitung*<sup>26</sup> mit dem Unterschied zwischen „Demokratie“ und „die Demokratie“, zum einen Herrschaftsform, zum anderen moralisch aufgeladener Wahrheitsanspruch und wirft dafür einen Blick in die Geschichte. In der Antike sei Demokratie nicht eindeutig positiv besetzt gewesen, im 19. und 20. Jahrhundert habe sich Demokratie zunehmend mit dem Parlamentarismus verbunden. Vier zentrale Merkmale gebe es hier, „erstens die Entscheidung nach dem Mehrheitsprinzip, zweitens das Prinzip des friedlichen Machtwechsels, drittens Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Minderheitenrechte. Und viertens die öffentliche Debatte als Herzkammer der Demokratie, in der politische Entscheidungen nach Abwägung von Argumenten getroffen werden.“ Nach 1989/90 sei der Begriff auf soziale und kulturelle Teilhabe ausgedehnt worden, die „liberale Demokratie“ sei formuliert worden, ohne klare Definition, aber mit dem „Anspruch auf das Gute und das Wahre durch moralische Aufladung“. Dies aber könne auch zu gegenteiligen Tendenzen führen und Populisten die Möglichkeit geben, sich als Repräsentanten der Meinungsfreiheit und als „Vertreter der wahren Demokratie zu stilisieren“. Folglich sei es wichtig, dass die Demokratie sich nicht selbst verkläre, sondern Probleme anspreche, „durch robuste Zivilität statt politischer Korrektheit, durch echte Toleranz statt Erwartung von Konformität und durch Offenheit gegenüber dem Anderen statt Wahrheitsanspruch des Eigenen“.

Uwe Volkmann befasst sich in der *FAZ*<sup>27</sup> mit dem sich im Wandel befindlichen Demokratieverständnis und merkt an, die politische Entwicklung in den USA lasse manche Beobachter vermuten, dass dort autoritäre Tendenzen um sich griffen. Während ein Teil der Bevölkerung dies als Abkehr von der Demokratie sehe, glaube die andere Hälfte, dass die Demokratie nun

<sup>25</sup> Philip Manow, Wohnt in der Mitte noch die Mehrheit?, Der Spiegel, 14.6.2025.

<sup>26</sup> Andreas Rödder, Das „die“ ist das Problem, Wormser Zeitung, 24.5.2025.

<sup>27</sup> Uwe Volkmann, Rousseaus Gespenster, FAZ, 10.6.2025.

erst verwirklicht werde, weil ihre Stimme endlich Gehör finde. Der Gegensatz zwischen Repräsentation und Identität sei lange vernachlässigt worden, sei aber zentral für das Verständnis heutiger demokratischer Spannungen. Die Identitätslehre wirke auf den ersten Blick demokratischer, berge aber Risiken der Vereinfachung und Manipulation. Die Repräsentation hingegen schütze vor Übergriffen, verlange aber Vertrauen in Institutionen. Im Modell der Identitätsdemokratie dominiere der Wille, Entscheidungen beruhten auf unmittelbarer Zustimmung des Volkes, nicht auf rationaler Abwägung. Dieses Modell zeige sich besonders deutlich in der Trump-Administration, wo politische Macht allein durch das Vorhandensein eines starken Willens legitimiert werde, ganz unabhängig von Argumenten, Fakten oder wissenschaftlichen Erkenntnissen. Selbst extreme oder absurde Positionen könnten sich durchsetzen, solange sie durch einen machtvollen Willen Ausdruck finden. Im Gegensatz dazu stehe das Modell der repräsentativen Demokratie, das auf Vernunft und Distanz zwischen Volkswillen und Entscheidung abziele. Dieser Abstand solle Raum schaffen für rationale Debatten in Parlamenten und Kompromissen zwischen unterschiedlichen Interessen, deren Ziel es sei, Extreme abzumildern und tragfähige Lösungen zu finden. Auch wenn dieses Modell nicht immer perfekt funktioniere, biete es eine Richtschnur, Demokratie sollte auf einem Mindestmaß an Vernünftigkeit beruhen. Der aktuelle politische Konflikt sei daher ein Kampf um Begriffe und den Geist der Demokratie. Pauschale Begriffe wie „Autoritarismus“ oder „Faschismus“ griffen zu kurz. Es gehe vielmehr um die Frage, welches Demokratieverständnis sich durchsetze, eines der reinen Willensdurchsetzung oder eines der vernunftgeleiteten Aushandlung.

Bei cicero.de<sup>28</sup> merkt Nils Tarnow an, eine stabile Parteienlandschaft gehöre der Vergangenheit an, wodurch auch der gesellschaftliche Grundkonsens über zentrale Werte und Institutionen (z. B. EU, NATO, Marktwirtschaft) zunehmend brüchiger werde. Die fortschreitende Fragmentierung des Parteiensystems, die Ausdruck tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderung sei, erschwere die Bildung von Koalitionen, die oft instabil seien und mehr aus Notwendigkeit als aus politischer Nähe entstünden. Diese Zweckbündnisse – wie die Ampelkoalition – seien häufig blockiert und wirkten handlungsunfähig, was das Vertrauen in die Demokratie weiter schwäche, und die gesellschaftliche Polarisierung verstärke. Im Zentrum der Debatte stehe die AfD, für die einen eine gefährliche rechtsextreme Partei mit autoritären und völkischen Tendenzen, für die anderen eine Stimme des „gesunden Menschenverstands“, die Tabus breche. Die AfD bewege sich mit ihrem ethnisch geprägten Volksverständnis außerhalb des demokratischen Konsenses, bleibe aber rechtlich durch die Meinungsfreiheit geschützt. Es stelle sich die Frage, ob die AfD eine echte Gefahr für die Demokratie oder nur ein provokanter Störfaktor sei, den das System schwer einzuordnen wisse. Auch auf der linken Seite des politischen Spektrums zeigten sich Spannungen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Linke bekenne sich zwar zur Verfassung, enthalte aber auch Gruppierungen, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft würden. Wie die AfD nutze auch die Linke die Unzufriedenheit vieler Menschen, jedoch mit anderen Narrativen. Es lasse sich die Schlussfolgerung ziehen, radikale Kräfte – ob von rechts oder links – bergen Risiken für die Demokratie: „Die Demokratie scheitert selten über Nacht, sie stirbt im Dunkeln, leise, formal legal und im Namen des ‚Volkes‘.“ Wichtig seien daher „einheitliche Spielregeln“. Trotz aller Spannungen und Polarisierungen sollte ein offener Diskurs zwischen demokratisch gewählten Parteien möglich bleiben, auch mit den politischen Rändern, solange sie sich im Rahmen der Verfassung bewegten, denn die „praktische Halbwertszeit ideologischer Reinheitsgebote“ habe sich schon des Öfteren gezeigt. Ausgrenzung könne kontraproduktiv sein und verhindere stabile Mehrheiten sowie Kompromissfähigkeit: „Solange unsere demokratischen Sicherungssysteme funktionieren, sollten wir auf die Fähigkeit unseres Systems zur Selbstkorrektur vertrauen und, um mit den Worten Willy Brandts zu sprechen, Demokratie wagen.“

<sup>28</sup> Nils Tarnow, Chaostheorie in der Demokratie, cicero.de, 10.6.2025.

In der *NZZ am Sonntag*<sup>29</sup> wirbt Roger Blum dafür, die europäischen Staaten sollten sich in einer Zeit, in der Koalitionen immer brüchiger würden, die großen Parteien schrumpften und sich auffächerten, „eine sehr schweizerische politische Tugend“ zum Vorbild nehmen, den Kompromiss. Es stelle sich die Frage, ob die „Konkordanzdemokratie“, die von wechselnden Mehrheiten lebe und in der von Fall zu Fall neue Kompromisse gesucht werden müssten, nicht die Zukunft darstelle: „Deutschland muss den Kompromiss lernen: Dies wird auch in anderen europäischen Ländern mehr und mehr die Devise sein. Sie brauchen Regierungen, die ein klares Programm haben, aber Parlamente, die offen sind für der Sache dienende Kompromisse und für wechselnde Mehrheiten. Es muss möglich werden, dass Lösungen in schwierigen Sachfragen gefunden werden, ohne dass jedes Mal eine neue Koalition ausgehandelt werden muss.“

Charles C.W. Cooke geht in der *National Review*<sup>30</sup> sowohl mit den Republikanern als auch den Demokraten in den USA hart ins Gericht. Diese seien „nutzlos, ungeduldig, cliquenhaft, kurzsichtig, tollwütig und selbstmordgefährdet“, was zum größten Teil ihrem Führungspersonal anzulasten sei, das keine Ahnung von der Lebensrealität der Normalbürger mehr habe. Das Argument, beide Parteien würden zur Spaltung des Landes beitragen, sei allerdings falsch, denn sie seien eher Ausdruck einer bereits bestehenden Disharmonie als deren Antreiber, während die meisten der anhaltenden Probleme in der Politik – die endlos steigende Verschuldung, die schizophrene Außenpolitik, die Unfähigkeit, das Einwanderungssystem zu reformieren – das Produkt der schwankenden öffentlichen Meinung seien. Eine „schweigende Mehrheit“ mit einer vernünftigen Agenda gebe es nicht. Stattdessen wolle die Bevölkerung widersprüchliche Dinge: niedrige Steuern und hohe Ausgaben, Isolationismus und globale Stärke, Abschiebungen und Willkommenskultur. Fanatiker und ihre Denkweise würden immer dominanter in den politischen Parteien. Sie agitierten, spendeten Geld, und – was entscheidend sei – sie stimmten in Vorwahlen ab. Unabhängig davon, ob sie links oder rechts stünden, verfolgten die durchschnittlichen Amerikaner in der Regel die gleichen Ziele: eine boomende Wirtschaft, gute Schulen, sichere Straßen, eine erschwingliche Gesundheitsversorgung und eine stabile Welt. Fanatiker verfolgten keine rationalen Ziele, ihnen ging es auch oft darum, unliebsame Vertreter aus dem eigenen politischen Spektrum zu blockieren. Für die politischen Parteien werde es immer einen gewissen Spielraum geben, sich der Verantwortung zu entziehen und einfach darauf zu warten, dass der politische Gegner Fehler mache. Aber das Ausmaß, in dem dies zur Standardarbeitsweise geworden sei, scheine mittlerweile absurd. Die Parteien hätten es aufgegeben, populär zu sein, und die Öffentlichkeit, die kritischer sei, als man glaube, habe angemessen darauf reagiert. Letztlich könne nur ein Aufstand der Wähler die Parteien aus ihrer selbstzerstörerischen Haltung befreien, wenn die Menschen genug von der aktuellen politischen Misere hätten.

James Orr spricht mit *Zeit online*<sup>31</sup> über das Weltbild des mit ihm befreundeten US-Vizepräsidenten JD Vance, den er – wie sich selbst – als nationalkonservativ einschätzt und erläutert, „Konservative wollen eben zeitlose Institutionen und Werte erhalten. Dazu kann eben auch Restauration, Reparatur und Rehabilitation gehören.“ Vance liebe Europa, sei aber entsetzt, in welche Richtung sich traditionelle Werte, wie etwa die Meinungsfreiheit, entwickelt hätten. Sowohl die britische konservative Partei wie auch die amerikanischen Republikaner hätten eine Erneuerung dringend nötig.

<sup>29</sup> Roger Blum, Europas Demokratien müssen verschweizern, NZZ am Sonntag, 8.6.2025.

<sup>30</sup> Charles C.W. Cooke, In Search of Normalcy: What the Two Parties Aren't Giving America, National Review, 12.6.2025.

<sup>31</sup> Jochen Bittner/Maurizio Martorana, „Vance ist besorgt über die Brandmauer“. Fragen den britischen Religionsphilosophen James Orr, Zeit online, 8.6.2025.

In der *Times*<sup>32</sup> macht *Fraser Nelson* darauf aufmerksam, dass es vor einem Jahr noch undenkbar gewesen wäre, dass die Partei Reform UK einen solchen Stimmenzuwachs in den Umfragen erhalten könnte, dass damit die Möglichkeit eines Premierministers Nigel Farage in Großbritannien in greifbare Nähe rücken könnte. Was als Aufstand in einer Küstenstadt begonnen habe, scheine sich zu einer stillen politischen Revolution zu entwickeln – aus Gründen, die die anderen Parteien nur schwer verstehen würden, geschweige denn eindämmen könnten. Die etablierten Parteien hätten Nigel Farage und seine Bewegungen einfach nur als Irritation angesehen. Doch Reform UK bedeute mehr als reine Zerstörung, denn die Partei schlage vor, Altes abzubauen, um Neues aufzubauen. Das sei das Versprechen radikaler Parteien von links und rechts, unterstützt von Wählern, die das Gefühl hätten, ihre Länder und Volkswirtschaften seien in einem alten politischen Apparat gefangen. Die Partei werde als frischer Wind gesehen, für viele wirke es belebend, dass Nigel Farage Dinge offen anspreche – auch Themen, vor denen andere zurückschreckten, aus Angst gestrichelt zu werden. Kontroversen zu verursachen könne also durchaus positiv sein, es weise die Person als einen Radikalen in den Augen der Wähler aus. Giorgia Meloni in Italien oder Jordan Bardella in Frankreich folgten dem Muster: Man dränge nach vorne, vertrete einen Standpunkt, der einem Kritik einbringe, idealerweise für eine Politik, der die meisten Wähler zustimmten. Danach positioniere man sich als Revolutionär mit gesundem Menschenverstand und könne zuschauen, wie die Stimmen eintrudelten. Wichtig sei dazu auch das Engagement auf lokaler Ebene, wie es die Schwedendemokraten oder der Rassemblement National in Frankreich vorgemacht hätten, um von dort aus den Sprung in die nationale Politik zu schaffen. Noch gebe es viele Unwägbarkeiten, aber in einem Land, dessen Wähler 2017 beinahe Jeremy Corbyn gewählt hätten, die 2019 Boris Johnson mit überwältigender Mehrheit unterstützt und die sich gegen den Rat fast aller Experten und etablierten Parteien für den Brexit entschieden hätten, scheine nichts unmöglich zu sein. Unwahrscheinlich sei auch nicht, dass Farage bei einem Wahlsieg auf Zustimmung von Seiten der Tories rund um Jacob Rees-Mogg rechnen könne.

In der *FAZ*<sup>33</sup> argumentiert *Ferdinand Kirchhof*, auch wenn die Meinungsfreiheit rechtlich abgesichert und durch das Grundgesetz geschützt sei, sei sie gesellschaftlich dennoch gefährdet, wie eine Umfrage zeige, laut derer sich 40 Prozent der Befragten in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt sähen. Die Bedrohung der Meinungsfreiheit kommt heute weniger vom Staat, sondern aus der Gesellschaft selbst, insbesondere aus drei Richtungen. Internetforen und Soziale Medien bildeten „Meinungsblasen“ und „Echokammern“, in denen sich Gleichgesinnte versammelten, um die eigenen Ansichten zu bestärken. Große Internetkonzerne monopolisierten den Zugang zu Informationen, die „von interessen- und marktorientierten Algorithmen“ erzeugt würden und sich der staatlichen Kontrolle entzögen. Die größte Gefahr aber stelle eine „Veränderung der zwischenmenschlichen Gesprächskultur“ dar. Der Austausch von sachlichen Argumenten und der Diskurs werde durch die Person des „moralisierenden Missionars“ verhindert, denn dieser „vertritt nur seine vorgefasste Meinung in der sicheren Überzeugung, dass sie die einzige richtige ist und gegensätzliche Auffassungen falsch sind.“ Andersdenkende würden nur als Gegner gesehen. Techniken, die in ihre Gegenteil verkehrt worden seien und übertrieben gehandhabt würden – wie „cancel culture“, „political correctness“ oder „cultural occupation“ – führten zu gesellschaftlicher Vorzensur. Diese Entwicklungen zögen es nach sich, dass Menschen sich aus Angst vor sozialer Ächtung mit Äußerungen zurückhielten. Der öffentliche Diskurs werde dadurch eingeschränkt, obwohl die rechtlichen Rahmenbedingungen für Meinungsfreiheit in Deutschland weiterhin stark seien. Demokratie, Wissenschaft, Kunst und Gesellschaft lebten jedoch von der Vielfalt der Stimmen. Nur durch die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen entstehe Erkenntnis. Das Grundrecht auf Mei-

<sup>32</sup> Fraser Nelson, Prime Minister Farage was once unthinkable – not any more, The Times, 16.6.2025.

<sup>33</sup> Ferdinand Kirchhof, Dürfen wir noch sagen, was wir wollen?, FAZ, 12.6.2025.

nungsfreiheit sollte daher alle Stimmen zulassen, damit jeder seine Gedanken und Erfahrungen einbringen könne. „Moralisierende Missionaren“ müsse daher unbedingt Inhalt geboten werden.

Norbert Bolz, Autor des Buches „Zurück zur Normalität. Das Zeitalter des gesunden Menschenverstandes beginnt“, sieht im Interview mit der *Berliner Zeitung*<sup>34</sup> das „Ende der Kulturrevolution der Woken“, bei der alles zu sehr auf die Spitze getrieben worden sei, gekommen. Als Beispiel führt er das Gendern an, das zum Zwang geworden sei und vielen nur noch lächerlich erscheine. Problematisch seien hier auch die unterschiedlichen Sichtweisen: „Die Normalen akzeptieren die Woken. Aber die Woken lassen die Normalen nicht so, wie sie sind. Die Normalen sollen, wenn es nach den Woken geht, ihr Leben ändern. Das gilt im Übrigen auch für die Regierungen der letzten Jahre und Jahrzehnte. Es wurde in alles hineinregiert – in Ernährung, Konsum, Lebensführung, Familienverhältnisse. Es gibt kaum noch einen Bereich, in den nicht hineingeredet wird. Die Privatsphäre ist praktisch abgeschafft. Und das ist das eigentliche Problem.“ Eine Rückkehr zur „Normalität“ würde vielen Menschen Erleichterung verschaffen und könnte auch den Aufbruch zu Neuem bringen. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es einen „modernen Konservativismus“ brauche, um dies zu bewerkstelligen. Konservativ impliziere nicht das einfache Festhalten am Althergebrachten.

Im Gespräch mit dem *Tagesspiegel*<sup>35</sup> betrachtet Nina Kolleck die zunehmende Radikalisierung von Jugendlichen und erläutert, warum es für rechte Influencer immer leichter sei, Einfluss zu nehmen. Über Social Media werde gezielt nach verunsicherten jungen Menschen gesucht, denen in rechtsextremen Kreisen „scheinbar starke Antworten, klare Feindbilder und Gruppen, die Gemeinschaft versprechen“ geboten würden. Diese zunehmende Radikalisierung finde in ganz Deutschland statt, wobei besonders strukturschwache Regionen betroffen seien, in denen durch den finanziell bedingten Rückzug von Jugendzentren, Vereinen oder politischen Bildungsinitiativen „Leerstellen“ entstanden seien, die von rechtsextremen Gruppierungen besetzt werden könnten. Ein Großteil der Jugendlichen fühle sich überlastet, politisch ohnmächtig oder sei von Ängsten geplagt und beziehe ihre Informationen hauptsächlich von Social-Media-Plattformen ohne jegliche Einordnung der Informationen: „Wer sich ausgeschlossen, bedeutungslos oder übersehen fühlt, ist anfälliger für Gruppen, die Zugehörigkeit, Struktur und Identität versprechen. Rechtsextreme Gruppen bieten genau das – allerdings auf Basis von Abgrenzung, Hass und Feindbildern. Einsamkeit wird so zur Brücke: vom Gefühl des ‚Nicht-Dazugehörens‘ hin zu einer vermeintlich starken Identität in einer radikalisierten Gemeinschaft.“ Daher sei es wichtig, politische Bildung im Bildungswesen zu verankern, „lebensnah, emotional zugänglich und demokratisch erfahrbar. Jugendliche brauchen echte Mitbestimmung: in Jugendräten, Stadtprojekten oder Beteiligungsgremien. Nur wer Wirkung erlebt, bleibt demokratisch engagiert.“

## Rezensionen

Die Biografie **Thomas Mann. Ein Leben** von **Tilmann Lahme** präsentiere „einen völlig neuen Blick auf Leben und Werk des Literatur-Nobelpreisträgers“ konstatiert Daniel Kehlmann in der *Zeit*<sup>36</sup>, denn den Schwerpunkt der Darstellung bilde dessen „unausgelebte Homosexualität“, die das „tragische Lebenszentrum Manns wie auch das bestimmende Prinzip seiner Werke“ gewesen sei: „Wer nur ein einziges Buch über Thomas Mann lesen möchte, sollte dieses aus-

<sup>34</sup> Sophie-Marie Schulz, „Mit Woken zu reden, ist nicht nur Unsinn. Es ist gefährlich“. Fragen an den Mediawissenschaftler Norbert Bolz, Berliner Zeitung, 21.6.2025.

<sup>35</sup> Jan Kixmüller, „Viele Jugendliche suchen Halt in Weltbildern, die auf Spaltung beruhen“. Im Gespräch mit der Bildungsforscherin Nina Kolleck, Der Tagesspiegel, 12.6.2025.

<sup>36</sup> Daniel Kehlmann, Der tragische Zauberer, Die Zeit, 5.6.2025.

wählen. Wer kein Buch über Thomas Mann lesen möchte, sollte seine Entscheidung überdenken und das Gleiche tun. Lahmes Werk ist eine der packendsten Künstlerbiografien überhaupt, eine grandiose Lebenserzählung, in der uns der „Zauberer“ zum ersten Mal als tragische und widersprüchliche Person entgegentritt.“

Im Gespräch mit der *Frankfurter Rundschau*<sup>37</sup> befasst sich *Tilmann Lahme* mit der Widersprüchlichkeit der Person Thomas Mann und stellt fest: „Wenn wir Thomas Mann heute feiern – zum 150. Geburtstag –, dann sollten wir ihn ganz sehen. Den Repräsentanten und den Märtyrer. Den literarischen Magier und den einsamen Mann im Eispalast. Dann wird aus der glatten Statue ein Mensch.“

In der FAZ<sup>38</sup> betrachtet *Andreas Lesti* das Buch **Thomas Mann macht Ferien. Ein Sommer am See**, in dem **Kerstin Holzer** den drei Monate währenden Urlaub der Familie Mann von Juli bis September 1918 in der Villa Defregger am Tegernsee schildert und dabei auf Wendepunkte in der deutschen Geschichte – die sich abzeichnende Niederlage des Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg – sowie im Leben Thomas Manns hinweisen: „Und auch Thomas Mann befindet sich an einem Wendepunkt, wie Holzer präzise herausarbeitet, dabei aber nie die Leichtigkeit ihres Erzähltons verliert. Ihre These: Der damals 43 Jahre alte Dichter hat am Tegernsee, in der Natur der bayerischen Alpen, im Kreise seiner Lieben, in der Distanz zur Welt, zu sich selbst gefunden, zur Liebe, zum Vaterglück, zu einer neuen, optimistischen Lebenshaltung.“

*Helmut Kiesel* weist in der FAZ<sup>39</sup> auf die von **Hans Wißkirchen** verfasste Doppelbiografie **Zeit der Magier. Heinrich und Thomas Mann 1871–1955** hin, in der „eine angemessene Thematisierung des für Heinrich und Thomas Mann gleichermaßen wichtigen Komplexes Sexualität“ endlich stattfinde. Die von **Bernhard Veitenheimer** herausgegebene Zusammenstellung **Heinrich Mann: Essays und Publizistik. Band 9: 1940–1950** dagegen spiegelt das „Nachlassen“ von Heinrichs Manns Schaffenskraft in seinem letzten Lebensjahrzehnt wider.

In seiner Darstellung **Heimweh im Paradies** begebe sich **Martin Mittelmeier** auf die Spuren von Thomas Manns Aufenthalt im Exil im kalifornischen Pacific Palisades, bleibe dabei aber „immer an der Oberfläche“, konstatiert *René Schlott* im *Cicero*<sup>40</sup>: „Der Leser erfährt zahlreiche Details, hört von vielen unterschiedlichen Persönlichkeiten und deren Eigentümlichkeiten, aber Manns eigentliche Beziehung zu Kalifornien bleibt letztlich unterbelichtet.“

In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*<sup>41</sup> betrachtet *Philipp Lenhard Walter Benjamin. Das Pariser Adressbuch. Eine Biographie des Exils im Spiegel von Georg Wiesing-Brandes*, der damit ein „fulminantes, 800 Seiten starkes Werk“, das für die Forschung von großer Bedeutung sei und frühere, fehlerhafte Werke ersetze, vorgelegt habe: „Zehn Jahre lang hat er in zahlreichen französischen, deutschen und russischen Archiven geforscht, um nicht nur die im Adressbuch verzeichneten 272 Personen zu identifizieren und mit Kurzbiographien vorzustellen, sondern darüber hinaus auch Institutionen, Vereinigungen, Bibliotheken, Hotels, Buchhandlungen, Zeitschriften, Verlage und andere Zusammenhänge zu recherchieren, die in Benjamins Pariser Welt eine wichtige Rolle spielten.“

In der FAZ<sup>42</sup> befasst sich *Susanne Preuß* mit dem von **Cord Aschenbrenner** erstellten Band **Der Raub. Enteignung und Vertreibung der jüdischen Geschäftsleute am Neuen Wall in Hamburg**, der durch 13 ausgewählte Beispiele auch versuche, „die Mär zu widerlegen, dass in Hamburg alles nicht so schlimm gewesen sei, dass sich die Hanseatische Kaufmannschaft doch halbwegs anständig verhalten habe“ während der NS-Diktatur.

<sup>37</sup> Michael Hesse, „Er ist genial, aber er darf nicht lieben“. Fragen an den Schriftsteller Tilmann Lahme, Frankfurter Rundschau, 6.6.2025.

<sup>38</sup> Andreas Lesti, Selbstfindung mit Seeblick, FAZ, 15.6.2025.

<sup>39</sup> Helmut Kiesel, Gefälle in krasser Form, FAZ, 7.6.2025.

<sup>40</sup> René Schlott, Zauberberg in Strandlage, Cicero, 27.6.2025.

<sup>41</sup> Philipp Lenhard, Was hinter den Legenden liegt, FAS, 8.6.2025.

<sup>42</sup> Susanne Preuß, Kahlschlag am Prachtboulevard, FAZ, 10.6.2025.

„Iain MacGregor's impeccably researched account of the first use of nuclear weapons in war is a timely reminder of the horrors they unleash on the world“, lautet das Urteil von *Mark Piesing* im *Spectator*<sup>43</sup> über **The Hiroshima Men: The Quest to Build the Atomic Bomb and the Fateful Decision to Use It.**

„Doch dass der Sommer 1945 ein ganz besonderer war, ein welthistorischer, in dem sich die Zukunft entschied, ein Sommer der neugewonnenen Freiheit zudem, das hat der Zeithistoriker **Oliver Hilmes** nun in einem akribischen Report in Form eines umfassenden Panoptikums verfasst“ urteilt *Stephan Klemm* in der *Frankfurter Rundschau*<sup>44</sup> über **Ein Ende und ein Anfang. Wie der Sommer 45 die Welt veränderte.**

Im *Spiegel*<sup>45</sup> macht *Peter Altmaier* auf den Band **Das Kanzleramt: Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit** aufmerksam, in dem sich **Jutta Braun, Nadine Freund, Christian Mentel** und **Gunnar Take** „hochaktuell“ mit der Beteiligung vieler durch nationalsozialistische Verstrickungen belasteter Beamten beim Aufbau des Bonner Bundeskanzleramtes auseinandersetzen: „Die Buchautoren weisen akribisch und bis ins Detail nach, dass zeitweise bis zu 38 Prozent der höheren Beamten des Kanzleramts aus ehemaligen Mitgliedern der NSDAP bestand. Was juristisch kein Straftatbestand war, aber politisch ein Problem.“

*Mona Jaeger* stellt in der *FAZ*<sup>46</sup> das von **Gerd Mielke**, Professor an der Universität Mainz, und **Fedor Ruhose**, Leiter der Staatskanzlei in Mainz, verfasste Buch **Auf dünnem Eis. Die SPD in Krisenzeiten** vor, die die Krise, in der sich die SPD zurzeit befindet, analysierten und darauf hinwiesen, dass viele der Probleme „selbstverursacht“ seien: „Eine Erkenntnis, die die Autoren daraus formulieren, ist, dass die SPD nicht die Hände lassen darf von den Themen, die die AfD anfasst. Etwa die Migration. Deswegen trage nämlich die politische Linke eine Mitverantwortung am Aufstieg der Rechtspopulisten. Eine Einsicht, die nicht allzu viele in der SPD bislang haben.“

Das Buch **Postkoloniale Mythen. Auf den Spuren eines modischen Narrativs** von **Matthias Brodkorb** sei „lesenswert und glänzend geschrieben“ merkt *Karl-Heinz Kohl* in der *FAZ*<sup>47</sup> an und stellt fest, „dabei rückt er viele scheinbare Gewissheiten zurecht, indem er sie mit den historischen Fakten abgleicht und zeigt, auf welch tönenreichen Füßen sie stehen“.

„Insgesamt liefert Kontje eine postmoderne und postkoloniale Geschichte Deutschlands, die große Thesen, nicht akribische Analyse vorzieht. Für einen Historiker hat er aber erstaunlich wenig Respekt vor den Tatsachen“ merkt *Jeremy Adler* in der *FAZ*<sup>48</sup> über **Global Germany Circa 1800. A Revisionist Literary History** von **Todd Kontje** an, der „in der deutschen Literaturgeschichte nach dem Ursprung der Globalisierung“ gesucht habe.

**Ulrich Speck**, „langjähriger und hoch angesehener Analyst internationaler Politik und Geostategie mit Stationen in namhaften Denkfabriken in Berlin, Brüssel, Prag und Washington, ordnet die gegenwärtige Dynamik im Dreiecksverhältnis von Putin, Xi und Trump überaus hellend in die jüngste Zeitgeschichte ein“, urteilt *Thomas Speckmann* in der *FAZ*<sup>49</sup> über **Der Wille zur Weltmacht. Wie Russland und China die freiheitliche Ordnung attackieren.**

In der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>50</sup> präsentiert *Ulrich M. Schmid* **Für Russland ist Europa der Feind. Warum meine Heimat mit dem Westen gebrochen hat** von **Andrey Gurkov**, das mehr sei als „eine schonungslose Darstellung des Putinismus. Es ist Ausdruck seines persönlichen Entsetzens über die fatalen Fehlentwicklungen seines Heimatlands bis hin zum offenen

<sup>43</sup> Mark Piesing, Remembering Hiroshima 80 years on, The Spectator, 7.6.2025.

<sup>44</sup> Stephan Klemm, Was von der Welt übrigblieb, Frankfurter Rundschau, 11.6.2025.

<sup>45</sup> Peter Altmaier, Kameraden und Komplizen, Der Spiegel, 28.6.2025.

<sup>46</sup> Mona Jaeger, Wie die SPD aus der Krise kommt, FAZ, 10.6.2025.

<sup>47</sup> Karl-Heinz Kohl, Der Europäer große Schuldlust, FAZ, 27.6.2025.

<sup>48</sup> Jeremy Adler, Romane als Freiheitskämpfe, FAZ, 18.6.2025.

<sup>49</sup> Thomas Speckmann, Bei Putin und Xi sitzt Trump immer mit am Tisch, FAZ, 10.6.2025.

<sup>50</sup> Ulrich M. Schmid, Der Putinismus wird Putin überdauern, NZZ, 20.6.2025.

Überfall auf die Ukraine.“ Es sei schade, dass Gurkovs „hellsichtiges Buch“ nicht auf Russisch erscheinen könne, seine Lektüre wäre in Russland dringen nötig.

*Yelizaveta Landenberger* weist in der FAZ<sup>51</sup> auf die Bedeutung des von **Irina Scherbakowa, Philipp Dzyadko** und **Elena Zhemkova** herausgegebenen Buchs **Memorial. Erinnern ist Widerstand** hin, denn es „dokumentiert und kontextualisiert nicht nur die unermüdliche Arbeit von Memorial erstmals ausführlich für eine deutsche Leserschaft, sondern zeigt die prinzipielle Bedeutung von historischer Forschung und Menschenrechten auf – weit über den post-sozialistischen Raum hinaus“.

„Das Buch, sorgfältig recherchiert und spannend geschrieben, bietet grundsätzliche Einsichten, die über Russlands Geschichte hinausweisen. Geboten wird ein Lehrstück des systematischen Versagens einer herrschenden Elite, die durch entschlossenes Handeln im entscheidenden Augenblick die Entwicklung in eine andere Richtung hätte lenken können“, lautet die Einschätzung von *Frank-Lothar Kroll* im Cicero<sup>52</sup> über **Die letzte Fahrt des Zaren** von **Jörg Barberowski**.

**Iran's Grand Strategy. A Political History** von **Vali Nasr** sei das aktuellste Buch, das man finden könne, um zu erklären, „wie und warum Irans oberster Führer Ali Khamenei sein Land in die gegenwärtige Lage manövriert“ habe, lautet das Urteil von *Friederike Böge* in der FAZ<sup>53</sup> und sie stellt fest: „Interessant wird es in dem Buch immer dann, wenn Nasr das Ineinander greifen von Innen- und Außenpolitik beschreibt.“

*Oliver Weber* stellt in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>54</sup> **Geoökonomie. Anatomie der neuen Weltordnung** von **Milan Babić** vor, der darin „innerhalb der Trümmerlandschaft der liberalen Weltordnung die Konturen von Großraum- und Blockbildungen wahrnimmt, die mit einiger Wahrscheinlichkeit die Zukunft bestimmen könnten“. Zwar werde hier nicht – aufgrund der dürftigen empirischen Grundlage – die „bestehende Wirklichkeit“ dargestellt, aber es wäre trotzdem unklug, nicht mit neuen „geoökonomischen Realitäten“ zu rechnen.

*Philip Stephens* stellt in der *Financial Times*<sup>55</sup> **Blood and Treasure: The Economics of Conflict from the Vikings to Ukraine** von **Duncan Weldon** vor, der die ökonomische Seite als Ursache für kriegerische Konflikte in den Blick nehme, den menschlichen Faktor dabei aber außer Acht lasse: „His book is a good read, charting tumultuous upheavals from the raids of Eric Bloodaxe and his Viking kin that overturned the post-Roman order in Britain and weaving through about a dozen other military campaigns from Genghis Khan's epic conquest of Eurasia to Spain's empire-building in the Americas and the economics of rebellion against the British in India before concluding with the war in Ukraine.“

In seinem neuen Buch **Die Kriege der Gegenwart und der Beginn einer neuen Weltordnung** analysiere **Joschka Fischer** die aktuelle politische Lage, die ihn an die „kriegerischen Jahre zwischen der Jahrhundertwende und dem Ende des Zweiten Weltkrieges“ erinnere, weshalb ihm „die These von einem chinesisch-amerikanischen Duopol der Zukunft als sehr viel realistischer“ erscheine, konstatiert *Thomas Speckmann* in der FAZ<sup>56</sup>.

„In seiner brillanten Studie stellt der in Oxford lehrende Historiker **Richard Reid** dieser verbreiteten Lesart die These entgegen, dass der ‚Scramble of Africa‘ und die danach folgende europäische Kolonialherrschaft nicht allein aus europäischen Expansionsgelüsten resultierten, sondern ebenso die Kulmination revolutionärer Dynamiken in Afrika darstellten. Die tiefgreifende Transformation Afrikas war, wie er zeigen kann, bereits in vollem Gange, und zwar

<sup>51</sup> Yelizaveta Landenberger, Im Schatten der totalitären Vergangenheit, FAZ, 17.6.2025.

<sup>52</sup> Frank-Lothar Kroll, Die letzte Fahrt des Zaren, Cicero, 27.6.2025.

<sup>53</sup> Friederike Böge, Die Mullah-Brille hilft nicht weiter, FAZ, 17.6.2025.

<sup>54</sup> Oliver Weber, Willkommen in der neuen Zeit, SZ, 5.6.2025.

<sup>55</sup> Philip Stephens, Is economics the driving force behind all wars?, Financial Times, 6.6.2025.

<sup>56</sup> Thomas Speckmann, Europa muss Militärmacht werden, FAZ, 24.6.2025.

von den Afrikanern betrieben, lange bevor die Europäer zur Durchsetzung ihrer eigenen imperialen Projekte eingriffen“ resümiert **Andreas Eckert** in der FAZ<sup>57</sup> über **The African Revolution. A History of the Long Nineteenth Century**.

In seinem Buch **Palästina 1936 – Der Große Aufstand und die Wurzeln des Nahostkonflikts** gelinge es **Oren Kessler** überzeugend darzustellen, „wie sich bereits 1936 ein Grundmuster des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern herausbildete“, merkt **Ralf Balke** in der *Jüdischen Allgemeinen*<sup>58</sup> an.

**Thomas Speckmann** weist in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>59</sup> auf die Bücher **Die Hisbollah. Irans Schattenarmee vor den Toren Israels** und **Die Hamas. Herrschaft über Gaza, Krieg gegen Israel** von **Joseph Croitoru** hin, in denen der Autor die Entstehung von Hamas und Hizbullah in einer „ausgewogene[n] Weise beleuchte“ und deutlich mache, dass die Hoffnung, beide Organisationen wären besiegt, trügerisch sein könnte.

**Susanne Götze** und **Annika Joeres** begeben sich mit **Die Milliarden-Lobby. Wer uns von Öl und Gas abhängig macht** auf die „Spur von Geld, Macht und Einfluss der fossilen Lobby“ stellt **Thomas Hummel** in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>60</sup> fest und merkt an, die Autorinnen wollten „ein Gesamtbild der fossilen Maschinerie zeichnen. Was selbst auf 287 Seiten schwierig ist, zu mächtig und einflussreich ist die Branche.“

In seinem Band **Catholic Fundamentalism in America**, den **Benjamin Dahlke** in der FAZ<sup>61</sup> vorstellt, präsentiere der Kirchenhistoriker und Jesuit **Mark S. Massa** in sieben Fallstudien „Einzelgestalten und Gruppierungen aus dem US-amerikanischen Katholizismus vor, die er als antimodern, rückwärtsgewandt und sektiererisch einordnet“ und zeige auch die enge Verknüpfung von Religion und Politik in den USA auf.

In der *Financial Times*<sup>62</sup> stellt **Rana Foroohar** zwei Bücher vor, die in den Blick nähmen, wie die Schaffung von Reichtum, die Vermögensungleichheit und die wachsende wirtschaftliche und emotionale Kluft zwischen Eliten, Supereliten und dem Prekarat in Amerika die politische und kulturelle Landschaft veränderten: **The Haves and Have-Yachts: Dispatches on the Ultrarich** von **Evan Osnos** sowie **Outclassed: How the Left Lost the Working Class and How to Win Them Back** von **Joan C. Williams**.

Mit ihrem Buch **Kinder – Minderheit ohne Schutz. Aufwachsen in der alternden Gesellschaft** beklagten **Aladin El-Mafaalani**, **Sebastian Kurtenbach** und **Klaus Peter Strohmeier** die Vernachlässigung von Kindern durch die Gesellschaft und präsentierten auch verschiedene Vorschläge zur Korrektur dieser Fehlentwicklung, so **Katharina Teusch** in der FAZ<sup>63</sup>.

**Ira Peter** leiste mit ihrem Buch **Deutsch genug? Warum wir endlich über Russlanddeutsche sprechen müssen** „wichtige Aufklärungsarbeit“ und rufe gleichzeitig zu mehr „Miteinander in Zeiten von Ausgrenzungen“ auf, lautet die Einschätzung von **Yelizaveta Landenberger** in der FAZ<sup>64</sup>.

**Anthony Seldon** präsentiert im *Spectator*<sup>65</sup> zwei Bücher, die sich desillusioniert mit den Problemen und den im Niedergang befindlichen Universitäten auseinandersetzen: **Mindless:**

<sup>57</sup> Andreas Eckert, Im Zeitalter der Gewaltunternehmer, FAZ, 14.6.2025.

<sup>58</sup> Ralf Balke, Zweistaatenlösung, erster Versuch, Jüdische Allgemeine, 12.6.2025.

<sup>59</sup> Thomas Speckmann, Irans Schattenarmeen, NZZ, 1.7.2025.

<sup>60</sup> Thomas Hummel, Die Profiteure von Öl und Gas, SZ, 10.6.2025.

<sup>61</sup> Benjamin Dahlke, Trumps Heimspiel im Fernsehkanal einer Nonne, FAZ, 17.6.2025.

<sup>62</sup> Rana Foroohar, The rich, the ultra-rich and America's shifting political landscape, Financial Times, 7.6.2025.

<sup>63</sup> Katharina Teusch, Die Boomer müssen in die Pflicht genommen werden, FAZ, 6.6.2025.

<sup>64</sup> Yelizaveta Landenberger, Im gelobten Land der Vorfahren wartete oft Ernüchterung, FAZ, 7.6.2025.

<sup>65</sup> Anthony Seldon, With many despairing academics packing it in, who will solve the problem of the universities?, The Spectator, 7.6.2025.

## What Happened to the Universities? von Cary Nelson und Bad Education: Why Our Universities Are Broken and How We Can Fix Them von Matt Goodwin.

In der FAZ<sup>66</sup> stellt Valentin Groebner drei Bücher vor, die sich mit der Geschichte des Bauernkriegs vor 500 Jahren und seinen Auswirkungen beschäftigen: **Die Niederschlagung des Bauernkriegs. Beginn einer deutschen Gewaltgeschichte** von Peter Seibert; **Die Bauernkriege 1525/26. Vom Kampf gegen Unterdrückung zum Traum einer Republik** von Ralf Höller sowie **Rebellion 1525. Michael Gaismair und der Aufstand der Tiroler Bauern** von Robert Rebitsch.

Der von Christina Engelmann u. a. herausgegebene Band **Im Schatten der Tradition. Eine Geschichte des IfS aus feministischer Perspektive** biete einiges Neues und blicke auf „übersehene Frauen, nicht beachtete Wissensbestände und androzentrische Rezeptionen in der Geschichtsschreibung der Kritischen Theorie“, konstatiert Jörg Später in der FAZ<sup>67</sup>.

---

<sup>66</sup> Valentin Groebner, Wie Helden aus der Nähe aussehen, FAZ, 27.6.2025.

<sup>67</sup> Jörg Später, Die Bände der Familie, FAZ, 13.6.2025.

## Impressum

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)